

Emissionshandel EU-ETS II und sozialer Ausgleich - Ein Streitgespräch

Der EU-ETS II wird künftig wohl eine zentrale Rolle in der nationalen wie europäischen Klimapolitik in den Bereichen Gebäude und Verkehr spielen. Doch wie gestalten wir dieses Instrument so aus, dass es in Kombination mit anderen klimapolitischen Instrumenten möglichst effektiv und gleichzeitig sozialverträglich wirken kann? Diese Frage diskutierten die KlimaUnion und SPD.Klima.Gerecht mit Akteuren aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft im Rahmen eines Streitgesprächs am 28.01.25 im Europasaal des Paul-Löbe-Hauses.

Vorstellung der Positionspapiere



Bildnachweis: Tadeusz Hmielorz

Jonas Rogoll betonte für SPD.Klima.Gerecht, dass vulnerable Gruppen aktiv in den Blick genommen werden müssten. Exemplarisch wurde am Beispiel eines Haushalts im ländlichen Brandenburg deutlich, welche Herausforderungen steigende CO₂-Preise für Benzin und Erdgas für vulnerable Gruppen mit sich bringen. Die Einnahmen aus dem ETS II sollten deshalb ganz gezielt für Förderprogramme wie ein Social Leasing oder eine sozial gestaffelten BEG-Förderung für Gebäudesanierungen verwendet werden. Ein Klimageld von wenigen hundert Euro jährlich reiche hier nicht aus, um Investitionen in ein E-Auto oder die Gebäudesanierung zu stützen. Zudem plädierte er für eine klare Kommunikation, damit sich Haushalte und Unternehmen gezielt vorbereiten können auf steigende Preise im ETS II.

[zum Papier](#)



Berthold Schilling hob in seinem Vortrag für die KlimaUnion hervor, dass das ETS als zentrales Klimaschutzinstrument durch zusätzliche Maßnahmen wie den Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) oder Climate Clubs ergänzt werden müsse, um Emissionsminderungen auch auf internationaler Ebene zu fördern. Zudem wurden im ETS I Maßnahmen zur Förderung von Negativemissionstechnologien wie BECCS und DACCS erörtert. Darüber hinaus wurde verdeutlicht, dass der Wandel im Verkehrs- und Gebäudesektor über einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren erfolgen solle. Während dieser Übergangsphase sei eine dauerhafte soziale Absicherung essenziell, insbesondere für die „hart arbeitende Mitte“ – das Rückgrat der Gesellschaft –, um diese vor Preisrisiken zu schützen.

[zum Papier](#)



Bildnachweis: Tadeusz Hmielorz

Panel: Die Zukunft des Emissionshandels EU-ETS 2



Von links nach rechts: Henrike Adamsen (WirtschaftsWoche), Thomas Heilmann (MdB), Dr. Brigitte Knopf (Zukunft KlimaSozial), Nina Scheer (MdB), Tom Janneck (vzbv), Michael Pahle (PIK)
Bildnachweis: Tadeusz Hmielorz

Thomas Heilmann (MdB, CDU) betonte auf dem Panel die Relevanz von CO₂-Bepreisung. Ordnungsrechtliche Instrumente sollten mit Vorsicht genossen werden, da Preismechanismen effizienter zu Einsparungen führen könnten - beispielsweise im Blick auf fossil angetriebene Pkw, die selten bewegt werden. Hier sei ein schneller Umstieg auf E-Mobilität nicht nötig. Ohne Kompensation durch ein Klimageld würden die Preisbelastungen für viele Haushalte allerdings zu groß sein. Förderungen sollten auch eine Rolle spielen, seien allerdings immer ein teures Instrument.

Nina Scheer (MdB, SPD) machte deutlich, dass der Fokus stets darauf liegen müsse, ob und welche klimaneutralen Alternativen in Verkehr und Gebäude zur Verfügung stehen. Das Instrument der Bepreisung schaffe schnell eine Überforderung, das habe die Aussetzung der Preiserhöhung in der Energiekrise 2023 gezeigt. Es bräuchte eine maximal verlässliche und haltbare Klimapolitik. Wenn stark auf Bepreisung gesetzt wird, müssten soziale Härten mittels sozialer Staffelung eines Klimageldes kompensiert werden bei gleichzeitigen Anreizen für den Umstieg auf einen klimaneutralen Haushalt.

Tom Janneck (Verbraucherzentrale Bundesverband) erzählte, dass Informationen über den ETS II in den Energieberatungen der Verbraucherzentralen schon relativ fest verankert seien. Für Verbraucherinnen und Verbraucher sei es allerdings zentral, dass Einnahmen und Ausgaben des ETS II transparent und nachvollziehbar sind: Dort dürfe es kein Missmatch geben.

Brigitte Knopf (Zukunft KlimaSozial) wünschte sich einen starken Fokus der klimapolitischen Debatte auf sozial gestaffelte Förderungen, Ordnungsrecht und den Infrastrukturausbau u.a. mit Wärmenetzen. Als vierte Säule sieht sie ein Klimageld als Kompensation, die allerdings sozial gestaffelt ausgestaltet werden müsse. Die Auszahlungsstruktur dafür müsse zeitnah stehen. Neben dem ETS II zwingt auch die Effort Sharing Regulation (ESR) Deutschland zum Handeln. Deutschland solle hier stärker vorangehen, auch um andere EU-Staaten nicht zu stark zu belasten mit einem hohen Preisniveau im ETS II.

Michael Pahle (PIK) mahnte an, dass die Klimapolitik ein extremes Glaubwürdigkeitsproblem hätte, würde der ETS II in dieser Form kurzfristig beendet werden. Dabei sind die Reduktionspfade auf EU-Ebene so wichtig wie ambitioniert. Der ETS II sollte in den nächsten Jahren mit Ordnungsrecht kombiniert werden.



Bildnachweis: Tadeusz Hmielorz



Zum Schluss möchten wir uns bedanken: bei der Moderation Henrike Adamsen (WiWo), bei den Panelistinnen und Panelisten und der Bundestagsverwaltung, ohne die das Streitgespräch nicht möglich gewesen wäre.

Das Team von SPD.Klima.Gerecht und der KlimaUnion